

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

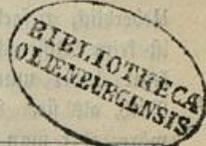
No. 1, 1. Januar 1851

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Dritter Jahrgang.



Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-handlung angenommen.

Blicke auf die Zeit.

In Deutschland ist doppelt gesündigt worden, früher durch eifersüchtiges Niederhalten, und 1848 durch maßloses Raumgeben; erst hat man die Kräfte verkümmern lassen, in der neuen Zeit ließ man sie explodiren, so daß nach kurzem Rumor die Leere eintrat und ein beschämender Kraftmangel. In Deutschland hat man früher, was ein neues Gesicht zeigte, unerbittlich abgewiesen, das gute mit dem schlimmen und als dann im Jahre 1848 die Thüre aufging, so sind alle diese Zurückgedrängten mit Gewalt eingebrochen; redliche Gesichter und Schelmengesichter, sie sind über einander hergestürzt und in ihrer Hast haben sie sich unter einander selbst verstoßt und aufgerieben — und nun ist der Saal leer in Deutschland und nichts vorhanden, was Bleiben oder Zukunft verspricht.

In Deutschland hat man mit dem März 1848 eine große Menge überflüssiger Freiheit erhalten und es ist dies zum Schaden Deutschlands ausgeschlagen; denn es mangelte ihr das wesentliche Merkmal echter Freiheit, sie war nicht errungen. Nicht errungen. Denn so viel man auch von Märzerrungenschaften redet, so muß man, wenn man ehrlich sein will, gestehen, daß es vielmehr März-Zufallenheiten sind. Sie haben dem Volke keine Anstrengung gekostet (wie in Oldenburg), sie sind nicht durch sittliche Energie ins Leben getreten, sondern die Regierungen in Deutschland, erschüttert und unsicher gemacht durch den Stoß, der von Frankreich ausging, haben geschehen lassen, Gutes und Schlimmes neben einander, was geschehen wollte, und so ist die Bewegung weit über das Ziel

hinausgegangen, das die liberalen Bestrebungen unserer vormärzlichen Oppositionen zum Theil mit sittlicher Anstrengung verfolgt hatten. Ein guter Theil der Freiheiten, welche in unsern Grundrechten stehen, sind nicht aus dem Wesen des Volks hervorgegangen, ist wider seinen Sinn sogar, und so kommt es, daß solche Freiheit, wie sie nicht errungen ist, so auch nicht ausgefüllt wird. Das ist das Entfittlichende in unsern Zuständen geworden, bei welchen es den Männern bange ward, und ungezogene Jungen toben und tollen konnten; in jenen leeren Raum der formellen Freiheit ist alles Wilde, Rohe, Frivole, Gottlose eingeströmt und während das wirkliche Bedürfnis des Volkes zurückgestellt ward, hat die Raserei der Leere ihre Reigen getanzt, bis wieder die Polizeistunde schlug und dem wüsten Tanze ein Ende gemacht werden mußte.

Bei einem weit ausgebreiteten Wahlrechte geschieht es oft, daß die Mehrzahl der Stimmen, mithin der Einfluß auf die wichtigsten Angelegenheiten des Volkes Einem zufällt, dem die wenigsten seiner Wähler ein Privatgeschäft anvertrauen würden. Man muß es mit Schmerz und Beschämung gestehen: unser deutsches Volk hat bis jetzt mit seinem allgemeinen Wahlrechte schlechte Arbeit gemacht: Eine Nationalversammlung, in deren Mitte nur zu oft das hohle Pathos, die dürftigste Sachkenntniß und hohles Gerede sich breit machen durfte; Partikularlandtage, als Abklatsch der schlimmen Seite in Frankfurt, jene traurige Unfähigkeit, den günstigen Moment zu ergreifen, und dann der Eigensinn, welcher das Unmöglichgewordene fort und fort mit Rechtsausführungen



durchsetzen will, eine Art logischer Wuth bei moralischer Unmacht: — wahrlich, man muß oder will blind sein, wenn man die entkräftende und enttillende Rückwirkung solcher Wahlergebnisse auf die Wählermasse nicht begreift und nicht sieht.

Staatsfachen erfordern genaue Erwägung, weiten Ueberblick, tiefgehende Kenntniß und Erfahrung; es ist keine Wissenschaft so schwer, als eben die politische; keine leidet unter oberflächlicher Behandlung mehr Noth, als sie. Man kann wünschen, daß es anders wäre, aber man darf darum nicht leugnen, daß es so ist, und jedenfalls reichen Redensarten nicht hin, den Knoten aufzulösen, und sind nicht das Schwert, das ihn zerhaut. Je größer nun die Masse der Wählenden ist und je weiter ab die große Mehrzahl derselben von der Kenntniß und Beurteilungsfähigkeit politischer Dinge steht, um so näher liegt die Gefahr, daß nicht die nüchternen und verständigen, sondern diejenigen Bewerber obsiegen, welche es am besten verstehen das Mundgerechte und Ohrenkitzelnde vorzutragen. Und das ist auch in Deutschland geschehen, es ist eine Zeitlang in steigender Progression geschehen und man kann wohl sagen: unser Volk ist seither mit lauter Schlagwörtern regiert worden.

Aber jene Bewerbung unterm Volk mittelst Versprechungen und Schlagwörtern, das ist — Volksbeirung und kann nicht anders als enttillend wirken. Unter dem Schein von Freiheit und Souverainität wird das wählende Volk zum Fußschemel für ehrgeizige Verfäherer oder blinde Schwärmer, und die Nothwendigkeit sich zu überbieten führt immer tiefer hinein in glänzende und lustige Verheißungen. Auf diesem Wege liegt die endliche Zerstörung alles dessen, was Schranke heißt.

Man könnte freilich sagen, das seien die Mängel des Anfangs und im Laufe der Zeit werden die Wähler, durch Erfahrung gewizigt, nach besseren und tauglicheren Männern greifen. Allein fürs erste ist es doch sehr gewagt, die sittlichen und materiellen Volksinteressen einem ungewissen Experimente anzuvertrauen und es könnte leicht der Fall eintreten, daß die Klugheit zu spät kommt, nachdem der Schade unheilbar geworden; fürs andere spricht alle Wahrscheinlichkeit gegen ein mit der Zeit zu erzielendes günstigeres Resultat. Auf einen so wankenden Grund den Staat stellen, das heißt, ihn seinem Fall entgegen führen und es heißt für die Freiheit schlecht sorgen. Denn wenn der Schwerpunkt der öffentlichen Macht auf

eine Volksmasse zu liegen kommt, die ihn zu tragen nicht im Stande ist, so muß nach kurzem Freiheits- und Souverainitätsstaumel die Demagogienwirtschaft einer Gewaltherrschaft den Platz räumen; dicht hinter den Volkstribunen steht Cäsar.

Obenan steht das Christenthum, gegen welches jedes frivole Demagogentum mit innerer Nothwendigkeit zu Felde zieht; denn es ist ganz gewiß, daß diese zwei neben einander nicht bestehen. Es ist nur aus dem entschiedensten Instinct zu erklären, daß jenes große Heer von reactionairen Winkelblättern die Geringschätzung der bestehenden Kirchen und den Haß gegen ihre Diener in alle Hütten tragen und so die Wirksamkeit des geistlichen Amtes durch Predigt und Seelsorge fast ganz unmöglich machen. Und hierbei erfreuen sie sich sogar theilweise der Hülfe gutmüthiger Thoren, welche sich einbilden, es werde das Christenthum in der Welt desto wirksamer werden, wenn die geschichtlichen und gesellschaftlichen Formen, in die es sich gefaßt hat, zerschlagen seien. Wie wenig aber dieselben, welche die Kirche bekämpfen, Neigung zum Christenthum selbst an den Tag legen, das ist offenbar und wenn sie gegenwärtig, anstatt der directen Angriffe vielmehr die Kriegslist anzuwenden, ihre Sache als vom Christenthum begünstigt darzustellen, so ändert das die Sache nicht. Jedenfalls steht fest: es ist ein und dasselbe Lager, aus welchem die Forderung und Behauptung des allgemeinen Wahlrechtes und der Christenthumsabhass oder die Christenthumsverfälschung hervorgeht und aus diesem gleichen Lager selbst werden auch die Wahlen selbst, und zwar in überwiegender Mehrzahl mit Erfolg geleitet.

Eine Wahlform, welche das Volk als Atome behandelt, wie das allgemeine Wahlrecht, löst es auch zulezt in Atome auf und hilft es durch seine unnatürliche Vermischung aller Unterschiede zerstören. Hingegen erscheint es ganz gerecht und heilsam, daß das ganze Volk nach seiner Gliederung sich an der Wahl der Vertreter theilhaftig, so daß bei Ausmessung und Vertheilung der Wahlrechte Besitz, Intelligenz und die corporativen Elemente der Gesamtheit in Rechnung genommen und das größere Gewicht immer dahin gelegt wird, wo die größere Tragsfähigkeit vorausgesetzt werden kann. Es ist nicht zu wünschen, daß bei Zuteilung des Wahlrechtes bloß auf die Summe des Vermögens Rücksicht genommen werde, denn dies ist

ein dem allgemeinen Wahlrechte nahe kommender Atomismus; vielmehr hat man alle Ursache, die im Staat noch vorhandenen corporativen Elemente zu berücksichtigen und aus ihnen einen Theil der Vertretung hervorgehen zu lassen. So weit diese nicht reichen, wäre ein Aufsteigen durch die Gemeinde-Bezirks-Provinzialvertretungen, also eine durch diese natürlichsten und unentbehrlichsten Corporationen hindurch sich abklärende Volksvertretung das einzige Mittel, sowohl um jedem Gliede seine Ehre zu lassen, als namentlich auch, um unsre repräsentativen Versammlungen von dem vielen Unnötigen, Unreife und Unvergohrenen, mit Einem Worte von der Hefe zu befreien, durch welche zuletzt das ganze Repräsentativsystem um seinen Kredit gebracht wird und durch welche das Volk auf eine Weise durchsäuert zu werden droht, die gerade das Gegentheil leistet von dem Sauerteig des Christenthums.

Die Anwendung vorstehender Bemerkungen, die aus dem Aufsatze eines Ungenannten in der deutschen Vierteljahrschrift entnommen sind, auf Oldenburg, mag der Leser selbst machen.

Landtag.

In die Ausschüsse sind gewählt:

In den Finanzausschuß:

Niebour I., Bargmann, Zebelius, Crone, Böckel, Werry, Jvens.

In den Ausschuß für Ausscheidung des Kronguts:

Klavemann, Lüken, Bulling, Lindemann, Schmedes.

Für die Vorlage wegen Ermittlung der Quoten, nach welchen die verschiedenen Provinzen zu den Centrallasten beitragen sollen:

Zebelius, v. Thünen, Strahl, Kitz, Kasten, Lindemann, Hardt.

Für Verbesserung der Justiz im Fürstenthum Gutin:

Mölling, v. Thünen, Georg, Lindemann, Hardt.

Für das Ablösungsgesetz:

Pancras, Köfener, Wibel, Barnstedt, Nieberding, Bulling, Crone, Lindemann, Georg.

Für das Gesetz über Entschädigung wegen aufgehobener Mühlenbannrechte:

Barnstedt, Pancras, von Thünen, Wibel, Jvens, Ellerhorst, Drost.

Für die Abänderung der Geschäftsordnung:
Kitz, Niebour II., Sprenger, Bothe, Dannenberg.

Für die Provinzialgesetze:
Hardt, Dannenberg, Bothe.

Die Gothaer

sollen nach dem Urtheil des Beobachters an dem ganzen Unglück Deutschlands Schuld sein. Es ist bequem, einen solchen Sündenbock zu haben, auf den man seine eigne Sünden schieben kann. Am Ende haben gar die Gothaer auch das verschuldet, was vor ihrer Zeit von Andern gesündigt wurde, z. B. daß in die Frankfurter Verfassung republikanische Bestimmungen hineingekommen sind, durch die sie verhunzt ist, und um derentwillen die Krone Preußen sie so wenig annehmbar fand, z. B. das suspensive Veto u. A. Vielleicht bürdet ihnen künftig der Beobachter auch den wahrscheinlich schlechten Ausfall der Dresdener Conferenzen auf. Nur immer zu! Stoßt nur immer ins Horn mit Herrn v. d. Pfordten, diesem zu roth befundenen Sächser, der in Baiern blau angelaufen ist; mit der Kreuzzeitung, die mit Euch in so eklem Bündnisse steht: aber belastet die Gothaer Partei mit keiner andern Schuld, als daß sie den Versuch gemacht hat, von der Frankfurter Verfassung das zu reiten, was rettbar schien, und daß ihr dieser Versuch einerseits durch die Schwäche Preußens, andererseits durch die Großmannsucht und den Partikularismus der kleinen Königreiche mißlungen ist. Ihr könnt ja für Eure Frankfurter Reichsverfassung, — wenn auch nicht sterben, doch — trinken!

Dresdener Conferenzen.

Wenn es nicht formell nothwendig wäre, daß ein oldenburgischer Bevollmächtigter bei den freien Conferenzen in Dresden erschiene, so würde die Absendung eines solchen sehr überflüssig sein. Denn er wird doch nichts anders zu thun haben, als Ja zu sagen zu dem, was Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich für gut befinden. In demselben Falle sind aber auch alle Gesandten der kleinen Staaten, und selbst wenn auch v. d. Pfordten „bei den Manen Robert Blums,“ dessen Todtenfeier er bekenntlich in Glacehandschuhen in Dresden beging, um später die Hessen durch „Straßbayern“ und Schmälierung der Kost zur Raïson zu bringen, seinen Einspruch erhöhe,

gegen den Willen der beiden vereinigten Großmächte Deutschlands wird er nichts ausrichten. Die Zuziehung der Kleinen ist nichts als eine Art Höflichkeit, eine Herablassung. Sie würde nur dann eine gewisse Bedeutung erlangen, wenn Preußen und Oesterreich sich nicht vereiteln könnten. Aber zwischen beiden ist jetzt eine entente cordiale, und sollte sich Preußen wieder etwas „eklig“ machen und mobilisieren, so wird doch bald wieder ein Dämpfer darauf gesetzt werden und Preußen wird wieder nachgeben und wir Alle müssen mit nachgeben.

Unser Minister des Auswärtigen, v. Eisenbecher, wird nach Dresden gehen. „Die designirte, oft genannte Persönlichkeit (Mosle), schreibt die Kreuzzeitung, war an einer gewichtsvollen Stelle nicht genehm, die begreiflich ungern an die Thätigkeit der Frankfurter Versammlung im Jahre 1848 durch Wiederkehr von Namen erinnert ist.“ Ist sehr glaublich, daß Erinnerungen an Frankfurt und noch mehr an Erfurt an gewichtsvollen Stellen sehr unangenehm sind. Ist überhaupt mit Erinnerungen so ein eigen Ding! Nicht bloß „gewichtsvolle Stellen“, sondern selbst Demokraten mögen manchmal nicht gern an die Vergangenheit erinnert werden. Beide denken wohl an Goethe's Spruch:

Nichts ist zarter, als die Vergangenheit;
Nähre sie an wie ein glühend Eisen;
Denn sie wird dir sogleich beweisen,
Du lebst auch in heißer Zeit.

Pierlala.

Der Pierlala war todgestorben
Und Keiner mehr dachte an ihn.



Der Oldenburgische Volksfreund erscheint auch für dies Jahr unter

der bisherigen Redaction und in derselben Weise, wie bisher. Der so äußerst billige Pränumerationspreis beträgt für das Quartal 21 Grote Courant in der Stadt und durch die Post bezogen 24 Grote Courant inclusive Bestellungsgebühren und Postporto. Alle Postämter des Landes nehmen Bestellungen entgegen, und kann der Betrag an die hiesige Zeitungs-Expedition unfrankirt eingesandt werden.

Schulze'sche Buchhandlung.



Indem die Redaction den geehrten Mitarbeitern für ihre bisherige thätige Mitwirkung dankt hofft sie zugleich, daß sie auch ferner bereitwillig sein werden, diese Zeitschrift durch Beiträge zu unterstützen.

D. R.

Redacteur: Dr. Lübben. — Schnellpressendruck und Verlag: Schulze'sche Buchhandlung.

Da that er wieder auferstehn
Und seine Streiche von Neuem begeh'n.
„Lebe noch“, sagt P., comme ça, lebe noch, sagt Pierlala.

Er kaufte sich eine Hausapotheke
Für all' sein' schweres Geth,
Und auch ein medicinisch' Buch,
Und nun weiß Pierlala genug.
„Kommt's gleich“, sagt P., comme ça ic.

Der Pierlala curirte dann
Bon Krankheit und aller Beschw'er,
Und kamen die Docteres her
Und fragten, wie's mit dem Bissen wär:
„Will be furt“, sagt P. ic.

Eine Frau, die sehr in Nöthen war,
Herrn Pierlala zu sich entbot:
„Meine Brust ist wie ein Kohlkopf reth,
Ach Gott! das ist n' große Noth.“
„'s ist gut“, sagt P. ic.

Die Geschwulst war schon fünf Wochen alt,
Und hatte kein Arzt sie curirt.
Bei Pierlala währ't's keine fünf Wochen,
Den vierten Tag ist sie schon durchgebrochen.
„Kann's stink“, sagt Pierlala ic.

Der Pierlala ist ein einziger Sohn
In all' sein' Vaters Gut.
Doch heist er die Pferde, das leidende Vieh,
Die leidende Menschheit, man weiß nicht wie?
„Mit der Kunst“, sagt P. ic.

Kirchennachricht.

Beichtandlung: Sonnabend den 4. Januar Vorm. 11 Uhr:
Perr Kirchenrath Clausen.

Brieftasche.

Der Schein der Demokratie. — In nächster Nummer.

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Dritter Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Der Schein der Demokratie.

Wie? Was? An der Demokratie wäre auch Schein und Inconsequenz? Die constitutionelle Monarchie könnte den Vorwurf zurückschleudern? Wir sind begierig. Laß doch sehen!

Sehen wir denn mal wieder in die hochgepriesene demokratische Monatschrift von Kolatschek, von der die Freien stets nur diejenigen Seiten aufsuchen, wo die Demokratie wie ein pausbäckiges Engelsköpfchen cajolirt wird. Wir kehren das Blatt um und erblicken im August-Heft S. 213 ein sehr unartiges Kind, das eben die Ruthe kriegt.

„Die Demokratie, heißt es da, construirt die Freiheit so abstract und leer, wie eine Luftblase. Sie weiß nur Formen zu gewinnen, ist aber ganz unfähig, sie auszufüllen. Sie kann nur verneinen, nicht bejahen; sie versteht nur Opposition zu machen, aber nicht zu regieren, und noch weniger zu verwalten. Sie ordnet die Staatsbürger wie Schatten, und macht zwar, daß alle gleichberechtigt seien, vernachlässigt aber gänzlich das, was Persönlichkeit und Recht im Staate erst entstehen läßt, die Besitzverhältnisse. Das demokratische Princip ist daher ganz leer, und zeigt sich in seiner Ohnmacht, wo es zum Siege gelangt. Es kann nur durch den Socialismus beseelt werden. Die demokratische Partei hat ihr Ziel erreicht, wenn sie das allgemeine Stimmrecht, die Freiheit der Presse, des Glaubens, des Unterrichts, der Person, der Vereinigung, Einsetzung einer Kammer, der Jury, Verantwortlichkeit jedes Beamten, Abschaffung des Adels durchgesetzt hat. Dann überläßt sie die Gesellschaft sich selbst und glaubt, durch diese Formen die Freiheit errungen, den Einklang gesichert. Erschreckt sieht die

demokratische Partei, welche mit der Republik (in Frankreich) alle diese Institutionen errungen glaubte, daß man sich um sie gar nicht kümmert. Sie mußte zu ihrem Entsetzen wahrnehmen, daß nun ein Kampf zwischen Capital und Arbeit begann. — Die Demokratie ist nur, wie die Monarchie, eine Symbolik der Volks-Souverainität, die wahre Verneinung der Volks-Souverainität, der Grundsatz des Untergangs derselben, höchstens eine Vorbereitung der Republik.

Bei den vielen herrschenden Vorurtheilen, bei dem Widerspruche der Ideen und Interessen, der Veränderlichkeit der Meinungen, der Verführung der Massen, kann die Demokratie die Echtheit und Legitimität der Offenbarungen des Volksgewissens nie nachweisen. Der Demokrat behauptet zwar, daß das Volk, um seine Meinungen auszusprechen, demokratisch befragt werden müsse, ohne daß alle Bürger, ohne Unterschied, direct oder indirect, an der Bildung der Gesetze Theil nehmen, und allerdings besteht die ganze Aufgabe darin, das Volk wie einen Menschen sprechen zu lassen; dies bildet die Republik, sowie das ganze sociale Problem. Die Demokratie behauptet aber mit Unrecht, dies Problem durch die Einführung des allgemeinen Stimmrechts lösen zu können, und deswegen muß sie gestürzt werden, wie die Monarchie gestürzt ist. Dieser Uebergang wird der letzte vor der Republik sein.

Die Demokratie ist nur eine maskirte Aristokratie. Denn durch das allgemeine Stimmrecht wird aus dem Belieben des mehr oder weniger aufgeklärten Wahlhaufens, der unter dem Einflusse von Leidenschaften, Staatsvorurtheilen und im Hasse gegen Personen und Grundsätze wählt, ebenfalls eine Aristokratie hervorgehn, zwar eine Wahlaristokratie statt der Selbaristokratie, aber doch eine Aristokratie. Die

